Es liegt nicht am Klima, sondern am Kapitalismus: Die Verweigerung der „Anpassung“ und der hohe Blutzoll, den die Arbeiter:innenklasse zahlt.

Anmerkung der Redaktion: Die großen Hitzewellen des Sommers in Europa sind zwar vorbei, doch Ihre Effekte wirken nach: tausende Todesfälle, unerträgliche Zustände in Arbeit, Uni und Schulen und die erneute Gewissheit, dass „unsere“ Regierungen sich einen Scheiß um uns und unser Wohlergehen kümmern, selbst wenn die Welt buchstäblich brennt. Dazu noch die Perspektive, dass dieser Hitzesommer vielleicht einer der kälteren unseres Zukünftigen Lebens sein dürfte und weiter und weiter unsere Lebensgrundlagen Weltweit vom kapitalistischen Profitstreben bedroht sind. Deshalb veröffentlichen wir hier den Artikel einer Französischen Genossin unserer Internationalen Strömung, der ISL, welche die Lage der Hitzewelle diesen Sommer in Frankreich beschreibt und eine Perspektive aufwirft wie wir uns als Jugend und Arbeiter:Innenklasse gegen diesen Angriff auf unser aller Lebensgrundlage wehren können.

Von Tamara Madrid (ISL Frankreich)

Das politische Barometer Europas zeigt erneut Werte, die an Barbarei grenzen. Nach wochenlanger Hitzewelle, die Frankreich und Europa in einen nahezu unbewohnbaren Ort verwandelt hat, bröckelt die offizielle Erzählung vom „grünen“ Kapitalismus und der technokratischen Regierungsführung angesichts der harten Realität. Die Veröffentlichung des offiziellen Berichts von *„Santé publique France“* am 3. Juli 2026 offenbart ein Szenario eines nicht erklärten sozialen Krieges: In der kritischen Woche vom 22. Juni stiegen die Todesfälle landesweit um 29,1 %, was 2.025 zusätzlichen Todesfällen in nur sieben Tagen entspricht. In der Region Île-de-France

(Paris und Umgebung) ist diese Zahl ein deutliches Zeichen für den Zusammenbruch: Die Zahl der Todesfälle schoss um 62,8 % in die Höhe.

Während der Rettungsdienst SAMU von tödlichen Herzstillständen berichtete, bei denen die Körpertemperatur der Opfer unglaubliche fast 44 °C erreichte, veröffentlichte Präsident Emmanuel Macron auf seinem X-Account ein Beispiel für unglaublichen institutionellen Zynismus: *„Face à la canicule, veillons les uns sur les autres“* („Angesichts der Hitzewelle lasst uns aufeinander achten“), gefolgt von kindischen Ratschlägen wie „Trinkt Wasser“ oder „sucht euch Abkühlung“.

Diese Inszenierung ist nicht bloß eine Unterlassung. Wie Romaric Godin (2026) argumentiert, zielt die Herangehensweise des bürgerlichen Staates an den ökologischen Kollaps darauf ab, die Ursachen zu isolieren, die Schuld auf Einzelpersonen abzuwälzen und eine strukturelle Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine Frage der individuellen Moral oder bloßer technischer Widerstandsfähigkeit zu verwandeln. Doch der Klimawandel ist längst kein Smalltalk Thema mehr in Aufzügen von irgendwelchen Firmen; er ist ein Kampf um Leben und Tod, um die Kontrolle über unser Leben.

Die Falle der „Anpassenden Leugnung“

Die historische Hitzewelle von 2026 – die laut Météo-France die Katastrophe von 2003 sowohl in ihrer Intensität als auch in ihrer Geschwindigkeit übertraf – hat in eine neue ideologische Phase des Kapitalismus geführt: *die adaptive Leugnung*. Niemand scheint mehr zu leugnen, dass der Planet brennt. Politische Meinungsverschiedenheiten drehen sich zunehmend um die Ursachen, den Grad der Dringlichkeit und die notwendigen Maßnahmen – und in diesem Sinne um die Möglichkeit, die globale Erwärmung aufzuhalten. Im Allgemeinen läuft die Debatte in Fernseh-Talkshows auf eine technische, marktbasierte Lösung hinaus, wie etwa die unregulierte Verbreitung von Klimaanlagen und die Installation von Ventilatoren.

Diese Sichtweise nährt die gefährliche Illusion, dass Kapitalist:innen unter extremen ökologischen Bedingungen weiterhin produzieren und Gewinne anhäufen können. Es handelt sich um eine Art programmierten Defätismus.

Die Anpassung als zentralen Schwerpunkt zu betrachten, anstatt sie als nachträglichen Notbehelf zu behandeln, läuft auf eine Kapitulation vor dem ökologischen Kollaps hinaus, die die einzig dringende Diskussion vom Tisch wischt: die Eindämmung der durch die kapitalistische Produktionsweise verursachten beschleunigten Zerstörung.

Die Heuchelei ist total. Während die Regierung vorgetäuschte Sorge zeigt, indem sie nach und nach 30.000 Notfall-Klimaanlagen für überlastete und schlecht ausgestattete Krankenhäuser anschafft, kürzt sie hinter den Kulissen den Haushalt. Mitten in einer Hitzewelle hat die Exekutive die GIP Epau aufgelöst, die öffentliche Einrichtung, die gemeinsam mit den Kommunen strategische Forschung zur Anpassung der städtischen Architektur an den Klimawandel finanzierte. Gleichzeitig kürzte sie mehr als ein Drittel *des „Fonds vert*" (Grüner Fonds), des Instruments, mit dem Kommunen die Beseitigung von Bauwerken auf Brachflächen und die Bepflanzung finanzierten. Beton hat Vorrang, weil er schnelle Grundsteuer- und Immobilienerträge generiert; lebendiger Boden, der die Temperatur reguliert, wird nicht an der Börse gehandelt.

Klassenbedingte Kriminalität: Arbeiter:innen haben keine Anlaufstelle

Diejenigen, die in französischen Wohnungen sterben, sind nicht die Führungskräfte der Pariser Börse, die von zu Hause aus in klimatisierten Büros arbeiten. Die Opfer der Hitzewelle sind Angehörige der Arbeiter:Innenklasse, erwerbstätige Arme, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Frauen in den Innenstädten und ethnische Minderheiten.

Der Bericht von *„Santé publique France"* liefert eine wichtige Statistik, die die Sprecher:Innen der Bourgeoisie herunterzuspielen versuchen: Die Zahl der Todesfälle zu Hause ist innerhalb einer Woche um atemberaubende 91 % in die Höhe geschossen. Dies verdeutlicht die Folgen der schrittweisen Kürzung der Mittel für das Gesundheitswesen, die zu begrenzten Krankenhauskapazitäten geführt hat, und legt die Wohnungskrise offen.

Tausende von Arbeiter:Innenfamilien verbringen den Sommer in regelrechten *„passoires thermiques“* (Wohnungen, die aufgrund ihrer miserablen Isolierung wie Saunen wirken). In einer Einzimmerwohnung im Norden von Paris bei 40 °C im Schatten zu leben und dabei exorbitante Mieten an private Vermieter:innen zu zahlen, ist eine Form von sozialer Gewalt!

Doch am unerträglichsten kommt diese Barbarei am Arbeitsplatz zum Ausdruck. Während der ersten Hitzewelle im Mai kam in der Region Drôme ein junger Arbeiter, kaum 19 Jahre alt, durch einen schweren Hitzschlag (Hyperthermie) ums Leben, nachdem er seinen Arbeitstag auf einem Dach in direkter Sonneneinstrahlung verbracht hatte. Sein Boss hatte keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen. Im Bildungswesen stiegen die Temperaturen in den Klassenzimmern auf über 45 Grad; im Gastgewerbe (Bars, Restaurants usw.) waren die Maßnahmen minimal – wie zum Beispiel, den Beschäftigten zu erlauben, auf ihre vollständige Uniform zu verzichten, um „kühler zu bleiben“; in Krankenhäusern waren die Beschäftigten ebenso überfordert wie in den kritischen Momenten der Pandemie; ganz zu schweigen von den prekärsten Branchen, wie zum Beispiel den Lieferdiensten und dem Baugewerbe, neben vielen anderen. Für Kapital und die Regierung sind wir Arbeiter:innen entbehrliche Produktionseinheiten. Das Gebot, die Gewinnmargen aufrechtzuerhalten, hat Vorrang vor dem grundlegendsten Recht der menschlichen Biologie: nicht innerlich zu kochen, während man seinen Lebensunterhalt verdient.

Unterdrückung und Kriminalisierung sind an der Tagesordnung

In dieser Situation geht die Regierung hart gegen diejenigen vor, die versuchen zu überleben, und kriminalisiert Menschen aus der Arbeiter:innenklasse. Im Arbeiter:innenviertel La Gauthière (Clermont-Ferrand) wurde im Rahmen einer Polizeiaktion das Gebiet abgesperrt, um die Entfernung eines Plastikpools zu erzwingen, den Jugendliche in einer Seitenstraße aufgestellt hatten, um die Kinder des Viertels abzukühlen. Ganz zu schweigen von der Absage der Pride, von „Ivry en Fête“ oder dem

Alkoholverbot auf den Straßen während der „Fête de la Musique“ (man musste in einer Bar trinken, ohne Ausnahmen). Die Botschaft ist klar: Zwangsmaßnahmen gegen Einzelpersonen (Alkoholverbot, Verbot, auf die Straße zu gehen, Beschlagnahmung von privaten Pools in der Nachbarschaft) werden eingesetzt, um Armut zu kriminalisieren, während das Immobilienkapital das Viertel zerstört, Geschäftsinhaber Gewinne einstreichen und unser Recht auf Protest eingeschränkt wird. Aber wohlgemerkt: Jede:r muss zur Arbeit gehen.

Jedes Jahr fallen in Frankreich 20.000 Hektar Natur- und Waldflächen der Immobilienspekulation zum Opfer (das entspricht der doppelten Fläche von Paris). Dieser städtische Ökozid wird von der rechts- und rechtsextremen Lobby unter der Führung von Marine Le Pen gedeckt – die Hunderte von Gesetzesänderungen eingebracht hat, um die Ziele der „Netto-Null-Flächeninanspruchnahme“ (ZAN) zu blockieren –, unter der Komplizenschaft und dem Rückzug von Macrons zentristischem Block. Sie betonieren die „Wärmeinseln“ zu, die heute als Todesfallen für Arbeiter:innengemeinden fungieren.

Für ein ökologisches-sozialistisches Programm um uns vor dem Hitze- Tot zu retten!

Es ist klar, dass wir von denen, die Teil des Problems sind, keine Lösungen erwarten können. Der Kampf gegen die Hitzewelle ist der Kampf darum, die Kontrolle über Fabriken, Städte und die Natur aus den Händen des kapitalistischen Marktes zu entreißen. Um auf die unmittelbare Krise zu reagieren und für die Zukunft zu planen, muss sich die Arbeiter:Innenklasse unter einem ökologisch-sozialistischen Programm, aus Übergangsforderungen organisieren:

1. Niemand sollte wegen der Hitze bei der Arbeit sterben! Arbeiter:Innenkontrolle über die Produktion: Wir fordern die verbindliche Einrichtung von Gesundheits- und Sicherheitsausschüssen an allen Arbeitsstätten, die verbindlich von den Arbeiter:innen selbst geleitet werden. Jede:r Arbeiter:In muss das gesetzliche Recht haben, die Produktion zu stoppen oder die Arbeit zu verweigern, wenn die Hitzebelastung sichere

Grenzwerte überschreitet, ohne dass ihm/r dadurch Lohnausfälle entstehen. Garantierte Pflichtpausen, verkürzte Arbeitszeiten bei Alarmstufen „Orange“ und „Rot“ sowie uneingeschränkter Zugang zu Trinkwasser und Schatten.

2. Mietstreik gegen unzureichende Wohnverhältnisse: Sofortige Aussetzung der Mietzahlungen für alle Mieter:innen, die in Wohnungen leben, die während der heißesten Monate des Jahres als thermisch unzureichend eingestuft wurden. Vermieter:Innen und große Investmentfonds müssen gesetzlich verpflichtet werden, die Sanierung und umweltfreundliche Dämmung der Wohnungen zu finanzieren – andernfalls droht die Enteignung.
3. Das Recht auf Abkühlung ist ein Menschenrecht: Bedingungsloser 24-Stunden-Zugang zu öffentlichen, klimatisierten Unterkünften, die mit CO_2-freier Energie betrieben werden, ein Verbot der Wasserabschaltung wegen Nichtzahlung sowie freier Zugang zu Schwimmbädern und Trinkwasserstellen in allen Arbeiter:innenvierteln und die Sanierung von Gewässern für die öffentliche Nutzung unter Aufsicht von Rettungsschwimmer:innen.
4. Notfallplan zur Bekämpfung von Immobilienspekulation: Ein vollständiges Verbot neuer Erschließungsvorhaben. Enteignung spekulativer Bauunternehmen, um ein groß angelegtes nationales Programm zur Renaturierung der Städte auf den Weg zu bringen, finanziert durch Sondersteuern für Ölkonzerne (wie TotalEnergies) und die Superreichen sowie durch die Streichung des Kriegsbudgets. Wir müssen unnötigen Asphalt aufreißen und städtische Wälder mit hochgewachsenen Bäumen pflanzen, um Arbeiter:Innenviertel zu kühlen.
5. Ökologische Planung angesichts des Klimawandels. Es ist notwendig, auf der Ebene der Infrastrukturstandards eine ökologische Planung umzusetzen, die künftige Wetterschwankungen berücksichtigt (und somit verhindert, dass Straßenbahnschienen mitten in einer Hitzewelle schmelzen), die von Fachkräften unter der Leitung eines wissenschaftlichen Beirats durchgeführt wird.

Die Klimakrise ist bereits da, doch ihr Ausgang wird nicht nur von den Gesetzen der Physik bestimmt, sondern vorallem von den Gesetzen des Klassenkampfs. Der Kapitalismus verbrennt uns bei lebendigem Leib; lasst uns unsere Wut nutzen, um ihn zu zerstören und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der unser Leben mehr wert ist als ihre Profite.

Anmerkung: Dieser Artikel stützt sich auf epidemiologische Daten und Medienberichte aus den Berichten von „Santé publique France“ vom 3. Juli

2026 sowie auf die Recherchen von „Mediapart“ vom Juni 2026.